

Die Finanzbranche als Nervensystem



Mauricio Vargas ist Finanz- und Wirtschaftsexperte bei Greenpeace.

Foto Frank Röth

Greenwashing
steht einer
nachhaltigen
Entwicklung der
Märkte entgegen.
Ein
Streitgespräch.

Von Philipp
Krohn
und Inken
Schönauer,
Frankfurt



BWL-Professor Timo Busch und Nachhaltigkeitsexpertin Silke Stremmlau

Foto Frank Röth

Bis vor etwa sieben Jahren spielte die Frage, ob mit Investitionen auch ökologische und soziale Ziele erreicht werden, eine untergeordnete Rolle am Finanzmarkt. In der Folge des Klimavertrags von Paris Ende 2015 wurde aber vielen institutionellen Anlegern klar, dass sie auch ihre Portfolios an die erheblichen CO₂-Reduktionsziele anpassen müssten. Neue Zeiten an den Märkten.

Seither setzte in der Außendarstellung eine Hinwendung zur Nachhaltigkeit ein, deren Glaubwürdigkeit für Verbraucher nicht immer leicht nachvollziehbar ist. Werbebotschaft und Inhalt stimmen bis heute nicht immer überein. In einem Vakuum der Regulierung entstand Raum für Greenwashing, also eine öffentliche Betonung nachhaltiger Anlagen, die nicht immer der Realität entsprach.

Doch dieses Vakuum gehört der Vergangenheit an. Die Europäische Union hat der Finanzbranche in ihrem Green Deal 2018 eine zentrale Rolle zugewiesen und das mit verschiedenen Regulierungsvorhaben unterstrichen. An vorderster Stelle steht die EU-Taxonomie, die Vorgaben macht, welche Kapitalanlagen als nachhaltig gewertet werden können.

Fondsgesellschaften, Banken und Versicherer sollen in Vorleistung treten, doch nicht bei allen Verbrauchern ist der Wunsch ausgeprägt, mit dem eigenen Geld beizutragen zur Transformation hin zu einer klimaneutralen Welt mit Unternehmen, die gut geführt werden und Menschenrechte einhalten.

Wie sollten Finanzdienstleister in diesem Umfeld agieren? Wie können sie ihre Zielvorgaben mithilfe von Daten erreichen? Wie lässt sich Greenwashing vermeiden? Wo schießen Verbraucherschützer und Nichtregierungsorganisationen in ihrer Kritik womöglich über das Ziel

hinaus? Und wie viel kann von der Finanzbranche in der Transformation erwartet werden? Um über diese offenen Diskussionspunkte zu streiten, hat die F.A.Z. in ihren Räumlichkeiten in der Frankfurter Zentrale Vertreter von Greenpeace, aus der Wissenschaft, von einer Fondsgesellschaft und die Vorsitzende des Sustainable-Finance-Beirates der Bundesregierung eingeladen.

In diesem Kreis lassen sich noch sehr unterschiedliche Wahrnehmungen beobachten, welche Reichweite die Aufgabe für die Branche hat. „Ich erlebe ein unglaubliches Chaos an Regulierungen und Vorgaben“, sagte Hendrik Leber, Geschäftsführender Gesellschafter der Kapitalverwaltungsgesellschaft Acatis. „Die Finanzindustrie wird zum Erfüllungsgehilfen und bekommt die Regulierung eingeprengelt.“ Silke Stremmlau, Vorsitzende des Beratungsgremiums der Bundesregierung zur nachhaltigen Geldanlage, hielt dagegen. „Das Wort Erfüllungsgehilfe trifft es nicht“, sagte sie.

Essenziell für den Wettbewerb

Durch den Green Deal sei heute eine größere Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit festzustellen. „Vielen, aber noch nicht allen ist klar geworden, dass diese Transformation essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit ist.“ Alle in der Finanzbranche müssten sich fragen, wie sich Geld in diese Richtung umleiten lasse. „Es geht auch um die Kreditindustrie: Das Thema muss in Kreditentscheidungen rein. Wenn Geld 15 Jahre gebunden wird, entscheidet es über die Zukunft unseres Landes“, sagte Stremmlau.

Ihm sei unklar, hält Vermögensverwalter Leber dagegen, wie Unternehmen vor staatlicher Übergriffigkeit geschützt werden sollten. Es gebe handhabbare Krite-

rien wie die Unterschiede in der Bezahlung von Männern und Frauen. Wenn es dagegen in naturwissenschaftliche Details wie aerobe oder anaerobe Klärschlämme gehe, könne das Investoren überfordern. Würden zur Reduktion von CO₂-Emissionen Geschäftsteile abgegeben, diene das nur dazu, das Gewissen zu beruhigen, nicht aber, den globalen Ausstoß zu mindern. „Wir leisten gern unseren Beitrag, wenn wir die Vorgaben kennen“, sagte Leber.

Aus seiner Sicht besteht eine Schwierigkeit darin, dass börsennotierte Unternehmen nur für ein Fünftel der globalen Emissionen stehen. „Private Equity und Venture Capital können wir mit den Regeln nicht erreichen. Das Geld driftet zum Teil ab in Bereiche, die nicht reguliert sind“, sagte Leber. Davon abgesehen seien ihm Regeln zu starr. Investoren werde es erschwert, Unternehmen in einem Transformationsprozess zu begleiten. „Wenn ein Eisenerzproduzent zum Saudi-Arabien des Wasserstoffs werden will, greift eine Regulierung zu kurz, die nur Kriterien erfüllen will.“ Vielmehr müsse es möglich sein, in Absprachen einen Strategieschwenk festzulegen.

Dabei seien die Selbstbekenntnisse der Investoren nicht immer vertrauenserweckend, findet Mauricio Vargas, Referent für Finanzthemen bei Greenpeace. „Die schöne Seiten des Geschäfts hat man gern gesehen und über Marketing nach außen getragen“, sagte er. Nun aber sei es am Gesetzgeber, regulatorische Vorgaben zu machen. „Entscheidend ist, wie ich als Unternehmen Nachhaltigkeit lebe. Da stelle ich aber fest, dass es hapert“, kritisierte Vargas. Entscheidend sei das Ergebnis: Kommt am Ende weniger CO₂-Ausstoß heraus?

Vargas bemängelte, dass Fondsgesellschaften noch nicht ausreichend offenlegen, was wirklich in ihren Fonds stecke.

Branchenweite Initiativen wie die Net-Zero Asset Owner Alliance tarierten die Interessen von Investoren mit klarem und nachlässigerem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit aus, statt eindeutig zu sein. „Mit einem solchen Zusammenschluss muss ein unternehmensweites Bekenntnis einhergehen“, forderte Vargas. „Das ist bei der Allianz so. Aber die DWS entzieht sich dem aus Reputationsgründen. Da ist es ehrlicher, dass Vanguard sagt: Paris interessiert uns nicht.“

Nicht alle über einen Kamm scheren

Als Wissenschaftler ist Timo Busch bemüht, zwischen den gegensätzlichen Polen zu vermitteln. „Wir sind auf einem guten Weg, aber die Datenproblematik ist noch nicht gelöst“, sagte der Betriebswirtschaftsprofessor der Universität Hamburg, der sich auf Fragen des Energie- und Umweltmanagements spezialisiert hat. Die Scope-1 und -2-Emissionen, also solche, die durch den eigenen Betrieb oder den Energiebezug ausgelöst werden, ließen sich schon passabel erfassen. Schwieriger sei es, wenn es um die eigene Lieferkette oder nachgelagerte Wertschöpfungsstufen gehe (Scope 3). „Da wird oft wild geschätzt. Das ist fern der Realität“, bemängelte Busch.

Gleichzeitig aber dürfe der Verbraucher nicht überfordert werden. „Für die Kunden, die viel Zeit haben, wäre mehr Transparenz hilfreich. Das sind einige institutionelle Anleger. Im Privatkundenbereich ist es essenziell, Kunden Hilfestellungen zu geben“, sagt er. Genau hier liegt das Einfallstor für Greenwashing. Doch es sei ein Fehlschluss von Verbraucherschützern und Nichtregierungsorganisationen, wenn der gesamten Branche Fehlinformation unterstellt werde. „Es gibt schwarze Schafe, da muss man auch

sagen, das passt nicht. Aber es trifft nicht auf die ganze Branche zu“, sagte Busch.

Es komme auf eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema an, sagte Silke Stremmlau, die im Hauptberuf Vorsitzende der Hannoverschen Kassen ist, einem Anbieter für betriebliche Altersversorgung. Als institutionelle Investorin müsse sie zwischen verschiedenen Interessen der Pensionsanwärter entscheiden. So lang die Ziele Umwelt, Soziales, Unternehmensführung (ESG) mit den Verpflichtungen im Einklang stünden, sei es einfach, aber wenn Werte im Konflikt seien, müsse sie abwägen. Konsequenz sei es, wenn sich Versicherer, die sich zur Nachhaltigkeit bekennen, keine fossilen Projekte mehr absicherten. Zwar könnten Wettbewerber das Geschäft stattdessen zeichnen, aber das Angebot werde knapper, die Preise stiegen und die Deckungen würden schwieriger zu organisieren.

„Das Finanzsystem ist das Nervensystem der Wirtschaftsordnung“, sagt Greenpeace-Fachmann Vargas. „Bevor wir realwirtschaftliche Auswirkungen sehen, ist eine finanzwirtschaftliche Entscheidung gefallen.“ Somit komme Kreditgebern, Versicherern und Investoren eine zentrale Schlüsselrolle in der nachhaltigen Transformation zu. Jede Bank müsse vor einer Finanzierung in der Lage sein, zu entscheiden, ob ein Geschäftsmodell in eineinhalb Jahrzehnten ein finanzielles Risiko aus ökologischen Gründen sei. „Ich glaube nicht, dass Banker das schon können. Es ist aber ihre Aufgabe. Es geht darum: Kann ein Unternehmen einen Kredit zurückzahlen?“, sagte Stremmlau. Dass diese Kompetenzen aber häufiger werden, erwartet BWLer Busch: Schon jetzt kämen auf einen Studienplatz in International Business and Sustainability 13 Bewerber.